



Bundesverband
Digitalpublisher und
Zeitungsvorleger

Börsenverein des
Deutschen Buchhandels

BVDA

Bundesverband kostenloser
Wochenzeitungen

**Bundesverband
Druck+Medien**
DEUTSCHLAND

MVFP
Medienverband
der freien Presse

**GV
PG**

FÜR PRESSEFREIHEIT
UND PRESSEVIELFALT

An den
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Olaf Scholz, MdB
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin
Deutschland

Berlin, 19. August 2024

**EU-Verordnung gegen Entwaldung (EUDR) bedroht
Printprodukte in Deutschland**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

gemäß der EU-Verordnung gegen Entwaldung (EUDR) dürfen ab dem 30. Dezember 2024 bestimmte Rohstoffe und Erzeugnisse nur noch in der EU in den Verkehr gebracht werden, die nicht mit Entwaldung oder Waldschädigung in Verbindung stehen. Dazu gehört auch Holz, der Grundstoff zur Papierherstellung.

Weder unsere Mitgliedsverlage, noch die Pressevertriebsunternehmen, noch die Druckindustrie, noch die Papierlieferanten sehen sich in der Lage, bis zum 30. Dezember den teils unklaren Anforderungen der Verordnung gerecht zu werden. Zudem hat ein erster großer deutscher Einzelhändler angekündigt, Presse in seinen Supermärkten aus dem Sortiment zu nehmen, wenn die Anforderungen der EUDR nicht erfüllt werden. Da 50 Prozent der in Deutschland verkauften Publikumszeitschriften über den Einzelverkauf vertrieben werden, ist die Sorge bei den betroffenen Verlagen sehr groß. Auch für Zeitungen und Bücher ist der Einzelhandel ein relevanter Vertriebskanal.

Wir ersuchen Sie daher dringend, sich auf europäischer Ebene für eine Verschiebung des Inkrafttretens der Verordnung nachdrücklich einzusetzen. Es gibt ja bereits Forderungen in diese Richtung, beispielsweise von Peter Liese, dem umweltpolitischen Sprecher der EVP-Fraktion. Die deutschen Verlage sind sich ihrer Umweltverantwortung seit langem bewusst und beziehen nahezu ausschließlich Papiere aus zertifizierter nachhaltiger Forstwirtschaft, hauptsächlich aus Europa.

Bis heute liegt noch nicht einmal die seit Frühjahr von der EU zugesagte diesbezügliche Einordnung der Welt in Risikogebiete vor. Auch die für Juli versprochene Handreichung der Kommission, die weitere Erläuterungen in Form eines FAQ bieten sollte, ist bisher nicht verfügbar.

Eine funktionierende Schnittstelle zum EU TRACES System für Verlags-IT oder Software-Anbieter ist ebenfalls noch nicht vorhanden. Die bereitgestellten Informationen zu den Schnittstellen sind nur schwer umzusetzen. Darüber hinaus stehen den Unternehmen keine Test-Accounts für das EU-TRACES-System zur Verfügung; die EU-weite Registrierung der Unternehmen soll erst frühestens ab November möglich sein.

Alle großen und kleinen Unternehmen entlang der Lieferkette – vom Holzimport über den Papierhersteller, die Druckerei, den Verlag, den Großhändler bis hin zum Einzelhändler – müssen ihre Abläufe und IT-Systeme an die zusätzlichen Sorgfaltspflichten anpassen und dafür Ressourcen bereitstellen. Die verbleibende Zeit ist jedoch zu kurz, um die Schnittstellen zu entwickeln, zu testen und sich mit dem System vertraut zu machen. Zudem ist der zeitliche Vorlauf, um die Vielzahl an Daten in das System einzutragen, viel zu kurz bemessen.

Eine Umsetzung nach heutigem Stand der Anforderungen – also ohne funktionierende technische Infrastruktur – bedeutet insbesondere für unsere mittelständischen Mitgliedsunternehmen eine außerordentlich hohe bürokratische Belastung mit manuellen Aufwänden. Es wäre eine Katastrophe, wenn die Versorgung der Bevölkerung mit gedruckten Erzeugnissen und damit eine kritische Infrastruktur gefährdet würde.

Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass dieser Worst Case nicht eintritt, notfalls durch nationale Vorgaben, die jedenfalls die in der Verordnung vorgesehenen Sanktionierungen aussetzen.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]